

Landtag

12. Sitzung vom 17. Dezember 1992

Sitzungsprotokoll

(Beginn um 13.01 Uhr.)

Vorsitzende: Erste Präsidentin Christine Schirmer und Zweiter Präsident Outolny.

Schriftführer: Die Abgen Kammerer, Hermine Mospointner, Strangl und Sramek, Abg Mag Heidemarie Unterreiner, Abg Dkfm Hotter sowie Abg Jutta Aouas-Sander.

Präsidentin Christine Schirmer eröffnet die Sitzung.

1. Entschuldigt sind die Abgen Dr Friedrun Huemer und Wolf-ram.

2. In der Fragestunde werden von Präsidentin Christine Schirmer folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 0377/LM/92.): Abg Susanne Jerusalem an den Landeshauptmann:

Planen Sie im Zusammenhang mit einem neuen Landessicherheitsgesetz für Wien die Schaffung einer bewaffneten Einheit, die neben der Bundessicherheitswache und dem Korps der Kriminalbeamten Festnahmen, Anhaltungen und Perlustrierungen durchführen kann?

2. Anfrage (PrZ 0374/LM/92.): Abg Mag Karl an den Landeshauptmann:

Welche Konsequenzen ergeben sich Ihrer Ansicht nach aus einem von Ihnen in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten des Verfassungsbüros der Stadt Wien, betreffend Staatsbürgerschaftsansuchen, das sinngemäß besagt, daß – entgegen den einschlägigen Bestimmungen der Wiener Stadtverfassung – die Wiener Bezirke bei Angelegenheiten, die bundesgesetzlich geregelt sind, nicht mitzureden haben?

3. Anfrage (PrZ 0325/LM/92.): Abg Dr Günther an den Landeshauptmann:

Inwieweit stimmen Sie mir zu, daß die Abnahme der Akzeptanz eines EG-Beitritts in kausalem Zusammenhang mit der Bekanntgabe der Einrichtung des Europabüros steht?

4. Anfrage (PrZ 0356/LM/92.): Abg Faymann an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke:

Warum wurde der Betrag, der bei der Ausstellung einer Organstrafverfügung wegen Übertretung des Wiener Parkometergesetzes zu bezahlen ist, seit vielen Jahren nicht erhöht, sondern mit 200 S unverändert gelassen?

5. Anfrage (PrZ 0357/LM/92.): Abg Mag Zima an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen:

Wie stehen die Verhandlungen über die Art 15a-Vereinbarung zum Pflegegeldgesetz?

6. Anfrage (PrZ 0378/LM/92.): Abg Margulies an den Landeshauptmann:

An welchen Punkten der diesbezüglichen Verhandlungen liegt es, daß die Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen Bund und Ländern, die die gemeinsamen Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen regeln sollen, dem Landtag noch nicht zum Beschluß vorgelegt werden konnte?

7. Anfrage (PrZ 0322/LM/92.): Abg Dr Wawra an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke:

Wann ist mit dem Abschluß eines Schienenverbundvertrags zwischen dem Bund und der Stadt Wien zu rechnen, der die Finanzierung vor allem des weiteren S-Bahn-Ausbaus in Wien sowie anderer Verkehrsmaßnahmen regelt?

8. Anfrage (PrZ 0364/LM/92.): Abg Brigitte Schwarz-Klement an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen:

Sind Sie bereit, dem Wiener Landtag eine Novelle zum Wiener Schulgesetz vorzulegen, in der unabhängig von allen sehr vagen Absichtserklärungen Objektivierungsrichtlinien für die Ernennung der leitenden Funktionen im Schuldienst verankert werden?

9. Anfrage (PrZ 0376/LM/92.): Abg Dr Hawlik an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport:

Wann glauben Sie, daß die Schlacken und sonstigen Rückstände aus der Sondermüllverbrennungsanlage EBS auf einer Deponie in Niederösterreich gelagert werden können, wie dies die Zielsetzungen des Abfallwirtschaftsverbands Ost zwischen den Ländern Wien und Niederösterreich vorsehen?

10. Anfrage (PrZ 0328/LM/92.): Abg Dipl Ing Engl an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport:

Welche Möglichkeiten können ergriffen werden, um die derzeit bestehende große Diskrepanz zu überbrücken, die zwischen Erlassung von Umweltgesetzen und deren Vollziehung gegeben ist?

3. Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß von Abgeordneten der Grünen Alternative Wien vier Anfragen und von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs eine Anfrage eingebracht wurde:

(PrZ 919/LF.) Anfrage der Abg Susanne Jerusalem an den Landeshauptmann, betreffend Diskussion über ein „Landessicherheitsgesetz“.

(PrZ 920/LF.) Anfrage der Abg Susanne Jerusalem an den Landeshauptmann, betreffend Schwarzunternehmer.

(PrZ 921/LF.) Anfrage der Abg Hannelore Weber an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke, betreffend Lebendtransporte von Tieren.

(PrZ 922/LF.) Anfrage der Abg Susanne Jerusalem an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen, betreffend rechtsextreme Tendenzen von Jugendlichen an Wiener Schulen.

(PrZ 915/LF.) Anfrage der Abgen Brigitte Schwarz-Klement und Zeihsel an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport, betreffend die Geltung des Wiener Baumschutzgesetzes nach Umwidmung von Kleingartenanlagen in Gartensiedlungen.

(PrZ 912/LAt.) Die Abgen Ing Svoboda, Mag Ruth Becher und Oblasser haben gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetz 1973 geändert wird, eingebracht. Dieser Antrag wird dem Ausschuß für Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke zugewiesen.

(PrZ 913/LAt.) Die Abgen Ing Svoboda, Oblasser und Ing Riedler haben gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes 1966, eingebracht. Dieser Antrag wird dem Ausschuß für Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke zugewiesen.

(PrZ 914/LAt.) Die Abgen Ing Svoboda, Oblasser und Brix haben gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz über die Einhebung einer Zapfsäulenabgabe (Wiener Zapfsäulenabgabegesetz – EZAG), eingebracht. Dieser Antrag wird dem Ausschuß für Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke zugewiesen.

(PrZ 916/LAt.) Der Antrag der Abgen Barbara Schöfnagel, Dipl Ing Engl und Zeihsel, betreffend die einheitliche Kennzeichnungspflicht für wiederverwertbare Produkte, wird dem Landeshauptmann zugewiesen.

(PrZ 917/LAt.) Der Antrag der Abgen Prinz und Herzog, betreffend die Förderung von Eigenheimen im Rahmen des Wiener

Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung zugewiesen.

(PrZ 918/LAt.) Der Antrag des Abg Herzog, betreffend die Vergabe von Wohnungen durch gemeinnützige Bauvereinigungen, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung zugewiesen.

(PrZ 923/LAt.) Der Antrag des Abg Dr Pilz, betreffend die Handhabung des § 130 der Wiener Stadtverfassung, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal zugewiesen.

(PrZ 924/LAt.) Der Antrag der Abg Susanne Jerusalem, betreffend Gewalt an Wiener Schulen, wird der Amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen zugewiesen.

(PrZ 925/LAt.) Der Antrag der Abg Susanne Jerusalem, betreffend Alkohol-, Drogen- und Medikamentenmißbrauch an Wiener Schulen, wird der Amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen zugewiesen.

(PrZ 926/LAt.) Der Antrag der Abg Susanne Jerusalem, betreffend Statistik bezüglich Frühpensionierungen von Lehrerinnen und Lehrern, wird der Amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen zugewiesen.

(PrZ 927/LAt.) Der Antrag der Abg Hannelore Weber, betreffend Naturschutzgebiet, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport zugewiesen.

Berichterstatter: Amtsf StR *Hatzl*

4. (PrZ 4128, P 1.) Der in der Beilage Nr 42 enthaltene Entwurf des Gesetzes, mit dem die Vertragsbedienstetenordnung 1979 (24. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979) geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Redner: Abg Jutta Aouas-Sander.)

5. (PrZ 4129, P 2.) Der in der Beilage Nr 41 enthaltene Entwurf des Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1967 (41. Novelle zur Besoldungsordnung 1967) geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

6. (PrZ 3935, P 3.) Die in der Beilage Nr 43 enthaltene Vorlage, betreffend den Abschluß der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen, betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken, wird gemäß § 139 Abs 2 der Wiener Stadtverfassung genehmigt.

(Redner: Die Abgen Mag Karl, Herzog und Mag Zima.)

Berichterstatter: Amtsf StR Dr *Swoboda*

7. (PrZ 4070, P 4.) Die in der Beilage Nr 44 enthaltene Vorlage, betreffend den Abschluß der Vereinbarung der Länder gemäß Art 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen, wird gemäß § 139 Abs 2 der Wiener Stadtverfassung genehmigt.

8. (PrZ 4248, P 5.) Der in der Beilage Nr 45 enthaltene Entwurf des Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Schaffung von Kleingärten (Wiener Kleingartengesetz) geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

Berichterstatter: Abg *Effenberg*

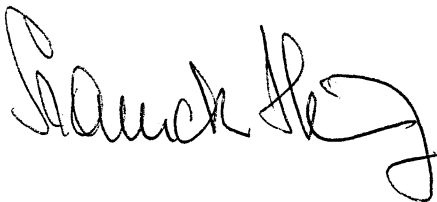
9. (PrZ 3843, P 6.) Dem Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt 26b vom 3. November 1992, GZ 26b Vr 9489/92, um Zustimmung zur gerichtlichen Verfolgung des Abg Margulies (gemäß § 96 Abs 1 bzw § 57 Abs 3 B-VG) wird stattgegeben.

(Redner: Die Abgen Margulies, Fürst und Dr Hirnschall, StR Mag Chorherr sowie die Abgen Dr Pilz, Dipl Ing Dr Pawkowicz und Susanne Jerusalem.)

Präsidentin Christine Schirmer wünscht allen Abgeordneten schöne Feiertage und ein glückliches neues Jahr.

(Schluß um 16.35 Uhr.)

Der/Die Schriftführer/in:



Die Erste Präsidentin:

